



### Antrag 10 Jahre Bologna

## **Antrag an die Universitätsvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen und Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck bezüglich 10 Jahre Bologna Jubiläumstreffen**

Vom 11. bis 12. März werden die Bildungsminister\_innen 46 europäischer Staaten zur 10-Jahre-Jubiläumskonferenz des Bologna-Prozesses nach Wien und Budapest geladen. Angesichts der Zustände an den Universitäten und den breiten Protesten für freie Bildung sind die geplanten Feierlichkeiten eine Verhöhnung der Uni-Angehörigen.

Der Bologna-Prozess hat nicht zu mehr Dynamik und Mobilität im europäischen Hochschulraum geführt. Im Gegenteil: Die stark verschulten Studienpläne und der Druck, diese in Mindeststudienzeit zu absolvieren, erschweren es, Auslandssemester zu machen. Das neue dreistufige Studiensystem führte zu erhöhter sozialer Selektion. Während der Bachelor einer größeren Zahl zugänglich sein sollte, verdünnen sich Master und PhD zu einem Eliteprogramm, das vor allem Frauen ausschließt. Zudem kommt die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen, sowie die Einführung von Studiengebühren und vermehrter Demokratieabbau an den Universitäten. Die schwierige finanzielle Lage zwingt mehr und mehr Hochschulen Konzerne als Investoren für Forschung an die Universität zu locken. Unabhängige und freie Forschung wird dabei unmöglich. Die Ausrichtung der Lehrinhalte auf Arbeitsmarkt-Interessen im Zuge der Lissabonstrategie betrifft nicht nur Universitäten, sondern soll zur Leitlinie des gesamten Bildungswesens werden. Dies schränkt die Möglichkeit ein, selbstbestimmt und kritisch zu lernen.

Zu dieser Veranstaltung wird derzeit eine Gegenveranstaltung organisiert.

Die UV der ÖH Innsbruck möge daher beschließen:

- ”
- Der Ausschuss für Bildungspolitik der UV der Universität Innsbruck wird gemäß §12 Abs. (10) der Satzung ermächtigt alle Aktivitäten seitens der ÖH Innsbruck bezüglich der Bologna 10 Jahre-Jubiläumskonferenz zu koordinieren.
  - Dies soll in intensiver Zusammenarbeit mit dem Vorsitzteam, den Referenten für Bildungspolitik und Öffentlichkeitsarbeit, der ÖH Bundesvertretung sowie den Organisatoren des in Planung befindlichen Gegengipfels erfolgen“